

# Bresener Zeitung.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

Nr. 365.

Freitag, 29. Mai.  
(Erscheint täglich drei Mal.)Inserate 2 Uhr die geschafften Zeile ob deren  
Raum, Räumen verhältnismäßig höher, und zu die  
Zeitung zu richten und werden für die am folgenden  
Tage Morgen 8 Uhr erscheinende Nummer 1 bis 5 Uhr  
Nachmittags angenommen.

1874.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die ersten 14 Thlr. für ganz Preußen 144 Thlr. Bezahlungen können auf Postkarten des Deutschen Reiches an:

Ernst & Sohn  
In Berlin  
Königl. Hof- und Kammerdruckerei  
in der Gerechtsame  
Haus zum Goldenen Kreuz  
in Berlin  
Friedrichstraße 12;  
in Cöthen  
bei Herrn Ch. Spindler  
Markt u. Friedhofstr. 44;  
in Grätz bei Herrn L. Kreisels  
in Frankfurt a. M.;  
G. F. Danck & Co.

Ernst & Sohn  
In Berlin, Hamburg,  
Wien, München, St. Gallen;  
Adolph Weiß;  
in Berlin, Breslau,  
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg;  
Wien u. Basel;  
Haarlestein & Vogler;  
in Berlin;  
J. Reitmeier, Schloßplatz;  
in Breslau: Emil Habach.

**Amtliches.**  
Berlin, 28. Mai. Der König hat dem Regimentsjägermann zu Bromberg die Kettungs-Medaille am Bande verliehen. Der Kaiser hat den k. bair. Krieg-Oberst-Kämmerer, Reichsrath und Staatsrat im außerord. Dienst, Fürsten Elodewig zu Hohenlohe-Schillingsfürst zum außerord. und bevollmächtigten Botschafter bei der franz. Republik ernannt, dem Wirkl. Geh. Kriegsrath Mand vom Kriegs-Ministerium, behufs des Übereinkommens in den k. württemb. Staatsdienst, die nachgeführte Entlassung aus dem preuß. Staatsdienste ertheilt.

**Telegraphische Nachrichten.**

Darmstadt, 28. Mai. Karl Johann Hofmann, Mitglied der Fortschrittspartei und Präsident der Abgeordnetenkammer, ist gestern Abend in Folge eines Schlaganfalls plötzlich gestorben.

Karlsruhe, 27. Mai. Die erste Kammer hat heute die Städteordnung in der von der zweiten Kammer beschlossenen Fassung mit einigen Änderungen angenommen.

Bern, 28. Mai. Heute Vormittag um 10 Uhr ist die Bundesversammlung zusammengetreten, um das vom Bundesrat festgestellte Resultat der Volksabstimmung vom 19. April c. über die Revision der Bundesverfassung entgegenzunehmen. Die Präsidenten des Nationalraths und des Ständeraths sprachen bei der Eröffnung der Sitzungen beide den Wunsch aus, daß die neue Bundesverfassung dem Schweizer Volke eine Quelle des Segens werden möge.

Paris, 27. Mai. Der Minister des Innern, Fourtou, hat heute die Beamten seines Ministeriums empfangen und bei dieser Veranlassung sich dahin ausgesprochen, er werde jedem Parteigegne fern, für die Vertheidigung der sozialen Ordnung und für die Aufrechterhaltung der Ruhe wirken und sei fest entschlossen, jede Ungezüglichkeit und jede Unordnung energisch zu unterdrücken.

London, 28. Mai. Wie die "Wiener Abendpost" erfährt, hat der Kaiser von Russland bei dem Empfange der Chefs der einzelnen Missionen während seiner Anwesenheit in London an mehrere Botschafter und Gesandte verbindliche Worte gerichtet. Insonders betonte er dem Botschafter der hohen Pforte gegenüber, daß der ungefürte Friede zwischen Russland und der Pforte gesichert sei und daß er Alles thun werde, um das gute Einvernehmen zu festigen. Der Kaiser habe sich übrigens auch bei anderen Gelegenheiten hervorragenden Persönlichkeiten gegenüber im Sinne der Erhaltung des Friedes und der Verträge ausgesprochen.

Konstantinopel, 27. Mai. Der frühere Großvezir Mehmed Rusdi Pascha ist zum Generalgouverneur von Aleppo ernannt worden und wird sich unverzüglich auf seinen Posten begeben.

Rio de Janeiro, 28. Mai. Am 5. d. M. ist die Eröffnung der Sitzungen der beiden Kammern durch eine Thronrede erfolgt.

Nach einem Hinweis auf den voraussichtlich nahen Abschluß eines definitiven Friedensvertrages mit der argentinischen Republik und mit Paraguay berichtet die Thronrede den kirchlichen Konflikt, dessen Beendigung zu erwarten sei, da die Regierung, obgleich die Bischöfe von Olinda und Para wegen Verlegung der Konstitution sich strafbar gemacht hätten, Milde und Mäßigung vorwählen lassen werde. Die Thronrede empfiehlt ferner die Errichtung von Kredit-Instituten zur Förderung der Landwirtschaft und verheischt sodann die Vorlage eines neuen Wahlgesetzes und eines Refutierungsgesetzes.

Der Bischof von Para wird hier erwartet, um hier vor Gericht gestellt zu werden. — Aus Corrientes wird der Ausbruch einer neuen Revolution in Paraguay gemeldet. Die Aufständischen schlugen die ihnen entgegengesetzten Regierungstruppen und marschierten auf die Hauptstadt, zogen sich indessen beim Erscheinen der brasilianischen Truppen zurück, ohne einen Zusammenstoß abzuwarten.

**Brief- und Zeitungsberichte.**

Berlin, 28. Mai. Die Ausführung des Gesetzes betreffend die Beurkundung des Personenstandes hat, abgesehen von den allgemeinen Instruktionen, Anlaß zu einer Reihe von Anfragen und entsprechenden Spezialbescheiden gegeben. Es ist unlängst erst berichtet worden, was in Betreff der Qualifikation der Lehrer als Standesbeamte entschieden worden ist. Vor Alem aber war die Frage wegen etwaiger Theilung großer Bürgermeistereien in mehrere Standesamtssbezirke oder Zusammenlegung kleinerer Gemeinden zum Zweck der Standesbeurkundung zu entscheiden. Auf die bez. Anfragen ist nun mehr der Bescheid ergangen, daß eine Theilung der Bürgermeistereien in mehrere Standesamtssbezirke nur ausnahmsweise und aus besonders erheblichen Gründen erfolgen soll, wogegen die Zusammenlegung kleinerer Gemeinden zu gemeinschaftlichen Standesamtssbezirken unvermeidlich erscheint, um überall die zur Übernahme der Funktionen eines Standesbeamten qualifizierten Persönlichkeiten bereit zu haben. Bei der Zusammenlegung sollen in Ermangelung eines geeigneten Verbandes mehrerer politischer Gemeinden, die Kirchspiele als Anhaltspunkt dienen. — Die öffentliche Meinung, sowie die in Verwaltungskreisen gewonnene Überzeugung, wird der neuen Kreisordnung immer günstiger. Man erkennt an, daß das neue organische Gesetz leichter zur Ausführung gelangt, als man von pessimistischen Auffassungen ausgehend, von vorn herein zugeben wollte. Auf konservativer Seite ist mit den Bedenken auch die Abneigung gegen die Vertheilung an der Ausführung gewichen. Dieselbe gibt jetzt tatsächlich zu erkennen, daß die Geschäftspunkte, welche bei Vorlegung des Gesetzes von der Regierung und speziell von dem Minister des Innern geltend gemacht wurden, den Verhältnissen ent-

sprechen und wirklich maßgebend waren. — Die Presse beschäftigt sich noch immer viel mit der Frage, ob eine Verlegung des Etats jahres in naher Aussicht stehe. Man wird sich dabei doch erinnern müssen, daß der Finanz-Minister bei Anregung der bez. Frage im Abgeordnetenhaus auf eine prinzipielle Vorfrage verwies: daß nämlich eine Trennung des Etatsjahres in Preußen von dem des Reiches keinesfalls stattfinden würde. Die Periodizität für Preußen und für das Reich müsse auf demselben Prinzip beruhen. Es ist also klar, daß die weitere Frage, bevor jene erledigt ist, keine aktuelle Bedeutung hat. Um zu derselben zu gelangen, wird sich erst in der Praxis festgestellt haben müssen, in welcher Weise der periodische Zylus in Preußen und im Reich der Regel nach verlaufen wird.

Berlin, 28. Mai. Bezuglich des in letzter Zeit mehrfach erwähnten Ankaufs des R. d. z. will'schen Grundstücks für Reichszwecke hören wir, daß allerdings Verhandlungen im Gange sind, daß dieselben jedoch bis jetzt noch zu keinem Resultat geführt haben. Grund hierzu soll die enorme Preisforderung sein, welche der gegenwärtige Besitzer stellt und die nicht weniger als 2,400,000 Thaler betragen soll. Erwähnt man, daß nur vor wenigen Jahren, als der nach der Königgräberstraße zu belegene Theil des Grundstücks verkauft wurde, der Preis pro Quadratrute nur 1000 Thaler betrug, so ist der jetzt geforderte Preis allerdings ein verhältnismäßig sehr bedeutender. Wir bemerken hierbei, daß unter dem oben angegebenen Preise gleichzeitig diejenigen Summen mit einbeziffen sind, welche für die Rückverwendung des von der Königgräberstraße belegenen Terrains gezahlt werden müssen. Ein anderer Theil des ehemaligen Grundstücks kann allerdings nicht wieder zurückgeworben werden, weil derselbe zur Durchführung der neu angelegten „Böschstraße“ bereits Verwendung gefunden hat. — Der königl. Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte hat entschieden, daß die Frage, ob eine Stadt von dem Militärfiskus die Zahlung des Kommunalzuschlages zur Schlachsteuer fordern könne, von der Stadt nicht zum Gegenstande eines Prozesses gemacht werden kann.

Graf Harry v. Arnim, welcher sich in der vergangenen Woche nach Paris begeben hatte, um seine Familie abzuholen, hat am Sonntag bereits seine Rückreise nach Deutschland angetreten und geht nach demnächst zum Kurgebrauch nach Karlsbad zu begeben.

Die "Wiener Presse" bringt an der Spitze ihres Blattes folgende Note, welche auf die seiner Zeit von ihr veröffentlichten sogenannten Enthüllungen über die Thätigkeit des Grafen Arnim während des römischen Konzils Bezug hat:

Wien, 26. Mai.  
Dass unsere diplomatischen Enthüllungen, welche wir als Beitrag zur Geschichte des vatikanischen Konzils in unserem Blatte vom 2. April geliefert haben, uns eine Anzahl mehr oder weniger indiskreter Zumutungen und Anfragen zuziehen würden, hatten wir wohl vorausgesehen und mit Resignation erwartet. Nun haben derartige Interpellationen aber in den letzten Tagen eine so akute Form angenommen, daß wir uns genötigt sehen, mit einigen Worten der Abwehr vor die Deffensilität zu treten. Mehrere dem Adelsstande angehörige Personen sind in unserem Bureau erschienen und haben im Auftrage einer hohen Persönlichkeit in Berlin das Ansuchen an uns gerichtet, ihnen Duele, Datum, Gewährsmann unserer florentiner Papiere zu bezeichnen. Man ging so weit, uns förmlich Fragebögen vorzulegen, strengste Verschwiegenheit zuzufordern, da es nur „auf Rechtfertigung einer unschuldig bestätigten Persönlichkeit abgesehen“ sei, endlich uns für diese Verschwiegenheit eine „Caution“ anzubieten, deren Ziffer, beißig bemerkte, ziemlich hoch gegriffen war und ein kleines Familienvermögen repräsentiert. Die Redaktion der "Presse" blieb auf Zumutungen, die in solcher Form an sie herantrafen, nur eine Antwort, nämlich die, daß es für ihre Ehrenhaftigkeit und Loyalität ihren Freunden und Mitarbeitern gegenüber schlechterdings keinen Preis gäbe. Die erwähnten Thatsachen aber bringen wir aus zwei Gründen zur allgemeinen Kenntnis: einmal, damit man uns nicht fürider mit unnützen Schriften dieser Art beklage, zweitens aber, damit man doch an maßgebender Stelle in Berlin in die Lage gesetzt werde, sich zu erklären, ob die gedachten Persönlichkeiten, die wir auf Erfordern näher zu bezeichnen bereit sind, wirklich irgendwie ermächtigt waren, die Ehrenhaftigkeit eines unabkömmligen großen wiener Blattes in Verfahrung zu führen.

Der Vorfall, bemerkt die "Volksztg.", bedarf jedenfalls der Aufklärung, in wessen Interesse die erzählten Schritte in Wien geschehen sind, ob, wie die "Presse" anzudeuten scheint, in demjenigen des Fürsten Bismarck zum Zwecke der Ermittelung, ob Graf Arnim, bei jenen Veröffentlichungen die Hand im Spiele gehabt, oder in demjenigen des Grafen Arnim, welcher von dem Verdacht der Mitschuld an jenen Veröffentlichungen bereit sein möchte.

Das Ministerium des Innern ist nach Versicherung verschiedener Blätter seit Langem nicht in so arger Bedrängnis gewesen wie augenblicklich. Am 1. Oktober soll das Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Ziviltheile in Kraft treten, aber es zeigt sich, daß die dazu nothwendigen Einrichtungen mit Überwindung bedeutender Schwierigkeiten getroffen werden müssen. Amtleute und Bürgermeister wissen sich großenteils nicht selbst zu helfen und verlangen nach spezielleren Verordnungen von oben herab. Vielleicht liegt die Schuld teilweise daran, daß die früheren Verordnungen unter der hauptsächlichen Beihilfe rheinischer Juristen ausgearbeitet sind, die schon eine größere Vertrautheit mit den Einrichtungen ihrer Heimat voraussetzen, als sie bei den niederen Verwaltungsbeamten der Ostprovinzen durchweg anzutreffen ist. Wohl um diesem Mangel abzuheben, hat sich der Minister mit städtischen Beamten aus den an die Rheinländer grenzenden Provinzen in Verbindung gesetzt, denen der tägliche Vergleich der rheinischen Zivilstandsverhältnisse mit den eigenen den Blick für die Überwindung der Schwierigkeiten bei der neuen Einrichtung geschärft hat. — Das Kriegsministerium hat das vom 2. d. Mts. datirte Reichs-Militärgebot jetzt mit dem Bemerk zu Kenntnis d. S. Heeres

gebracht, daß dasselbe mit dem 23. d. M. in Kraft getreten ist. Bis zum Erlass der Ausführungsvorordnungen (die zu den Abschritten 2, 4 und 5 der Kaiser erlassen) zu dem Gesetz bleiben alle bestehenden Verordnungen, insbesondere auch die Militär-Ersatzinstruktion vom 26. März 1868, die Verordnung über die Organisation der Landwehrbehörden u. s. w. vom 5. September 1867, nebst den dazw. ergangenen Erläuterungen u. c. mit denjenigen Modifikationen in Kraft, welche sich unmittelbar aus dem Gesetz ergeben.

Wie die "N. L. C." hört, wird dem Landtage in der nächsten Session von Seiten des Kultusministers außer den bereits in Aussicht gestellten Gesetzentwürfen, betr. das Unterrichtswesen und die Verwaltung des Vermögens der katholischen Gemeinden, auch noch ein solcher beabs. Regulirung des Kloster- und Ordenswesens vorgelegt werden.

BAC. [Zu den Wahlpflichtungen im Abgeordnetenhaus.] Das Abgeordnetenhaus hat, bevor es geschlossen wurde, noch eine Reihe von Wahlen geprüft. Es wurden die Wahlen der Abgeordneten Hursig (Dannenberg in Hannover) und Warburg (Altona) für ungültig erklärt; beide waren nur mit geing. Majoritäten gewählt worden; im letzteren Falle wurden gleichzeitig die sämtlichen Wahlmännerwahlen in der Stadt Altona kassiert; es sprach sich dafür nur eine geringe Majorität aus, während die Meinung sonst ganz allgemein war, daß einige zwanzig dieser Wahlen zu kassieren wären. — Die Wahlen der Abgeordneten Wehr und v. Oeven in Ponitz-Schlochau sind im Plenum nicht zur Prüfung gelangt, weil der Bericht der referirenden Abtheilung, welche einstimmig die Verhüttung beantragte, nicht rechtzeitig zum Druck befördert worden war; ganz ebenso liegt es mit den beiden hohenzollerischen Wahlen (von Kleinsorgen und Schmidt), wo die Abtheilung außerdem sämtliche Wahlmännerwahlen zu kassieren beantragt, weil dieselben unter einer beispiellosen Agitation des Clerus zu Stande gekommen sind. Die angefochtenen Wahlen der Abgeordneten Delbrück und Kette in Stolpe-Lauenburg-Bütow sind zur schriftlichen Berichterstattung an die referirende Abtheilung zurückverwiesen worden; es stellte sich nämlich bei der mündlichen Berichterstattung heraus, daß viele Mitglieder die Wahlagitation ernstlicher aufzufassen geneigt waren, als dieses vorher angenommen war, und daß daher die Möglichkeit einer Vernichtung der Wahl nicht ausgeschlossen war. Es mischt sich noch ein formaler Punkt ein, insfern als durch ein Versehen des Referenten die Wahl des Abgeordneten von Denzin, welche in denselben Wahlbezirke erfolgte, ganz selbstständig und formlos behandelt und vom Hause als nicht angefochten für gültig erklärt worden ist. Da nun die Beeinflussung der Urwähler behauptet wird, so würden die Wahlmännerwahlen zu kassieren sein, während auf die von diesen Wahlmännern vollzogene Wahl des Abg. v. Denzin nicht mehr zurückgekommen werden kann. Uebrigens ist bei dieser Wahlpflicht insfern eine merkwürdige Erscheinung zu Tage getreten, als die Spaltung über die Frage, welchen Einfluß die Agitation von Oeven her wirklich geübt habe, durch alle Parteien des Hauses geht; während die einen diese Agitationen zu dem allerschlimmsten zählen, die bisher vorgekommen sind, sind Andere der Meinung, daß dieselben ganz unerheblicher Art wären; der schriftliche Bericht der Abtheilung wird in der nächsten Session zu einer zwar objektiven aber an sich interessanten Verhandlung Anlaß geben. — Die nationale liberale Fraktion ist durch die Kassirung der Wahl des Abgeordneten Hursig und das Erlöschen des Mandats des Abg. Wendorff (wegen Ernennung zum Mitglied des Verwaltungsgerichtshofes für den Regierungsbezirk Stralsund) auf die Zahl von 172 reduziert worden; die Wiederwahl Wendorffs ist zweifellos gesichert.

Über den verstorbenen Abgeordneten v. Mallinckrodt wird noch Folgendes bekannt:

Herr von Mallinckrodt stammte aus einer ursprünglich protestantischen Familie der alten Reichsstadt Dortmund, deren protestantisch gebliebene Linie noch heute dort vertreten ist. Der Katholizismus des Verstorbenen reicht nur bis in die nächste Generation zurück. Sein Großvater lebte in gemischter Ehe und die Kinder, die aus derselben hervorgingen, darunter der Vater des Abgeordneten von Mallinckrodt, der einen hohen Verwaltungsposten bekleidete und nobilitiert wurde, folgten der Religion der (katholischen) Mutter. Der Name Mallinckrodt spielt in der Geschichte der Stadt Dortmund und in der heiligen Eme (in letzterer auch passiv) zeitweise eine hervorragende Rolle. Hierüber ist u. A. in Bernh. Thiersch: Geschichte der Stadt Dortmund Näheres zu lesen.

Auch in Breslau wird für den Verstorbenen eine Todtenmesse abgehalten werden und zwar, wie die "Schles. Volksztg." meldet, durch den Fürstbischof in Person.

Die "N.-A.-Z." erklärt heut die von uns zuerst nach der DRC. gebrachten Mittheilungen über beachtliche Veränderungen in Betreff des literarischen Bureaus des Staats-Ministeriums und der "Provinzial-Korrespondenz" für grundlos.

Der "Staatsanw." Nr. 123 publiziert das Gesetz, betreffend die außerordentliche Tilgung von Staatsschulden. Vom 26. Mai 1874.

Elbing, 28. Mai. Bekanntlich ist gegen den Bischof von Elbing durch Beschluss des Kreisgerichts zu Braunsberg nun mehr die wirkliche Voruntersuchung eingeleitet, weil derselbe den Kaplan Romahn von hier dem erkrankten Pfarrer Rockel in Milenz für dessen amtliche Funktionen substituiert hat, ohne der Staatsbehörde Anzeige zu machen. Der Kaplan Romahn hat, wie schon früher mitgetheilt, seine Aussage verweigert, als er gegen den Bischof Zeugnis vor hiesigem Gerichte ablegen sollte; er wird nun nochmals als Zeuge vorgeladen und dann mit ihm, wie mit jedem andern reuienten Zeugen verfahren werden, indem er durch Zwangshaft angehalten wird, seine Wissenshaft vor Gericht rücksichtslos wiederzugeben.

Aus Westfalen, 24. Mai. [Strike.] Auf dem der "Dortmunder Union" gehörigen Hüttens- und Walzwerk Neuschottland zu

Horst bei Steele haben sämtliche Arbeiter seit 4 Tagen die Arbeit eingestellt, weil die Arbeitgeberin in Folge des fast vollständigen Darunterliegens der metallurgischen Industrie die Arbeitslöhne ebenso auf ein erträgliches Maß herabgesetzt hat, wie alle anderen hiesigen Eisen-, Hütten- und Bergwerke. Man schreibt der „Sp.-Btg.“ darüber:

Da die Dortmunder Union bei der gegenwärtigen Flause durch die Arbeitseinstellungen in keine Verlegenheit kommt, so wird sie diese akzeptieren, die strafenden Arbeiter entlassen und andere Arbeiter engagiren. Dies wird ihr nicht schwer werden; schwerer wird es jedenfalls den Arbeitern werden, Arbeit zu bekommen, denn das nationalökonomische Gesetz, daß auch der Preis der Arbeit sich nach Angebot und Nachfrage richtet, gilt noch heute, wird aber von Menschen, welche den sozial-demokratischen Prinzipien laufen, nicht begriffen. Die Staatsbehörde schenkt der Angelegenheit ihre volle Aufmerksamkeit, wie sich schon daraus ergiebt, daß der Landrat des Bochumer Kreises seit Beginn der Arbeitseinstellung in Steele weilt, um den Verlauf der Sache abzuwarten. Uebrigens nimmt die Geschäftsflosse weitere Dimensionen an. Hat doch selbst der durch und durch solide Hörder Bergwerks- und Hüttenverein eben einen Hochofen ausgebaut, weil er das Roheisen für die Produktion seiner Hüttenwerke wohlfeiler bekommen kann, wie er dasselbe zu verschmelzen vermag. In den maßgebenden Kreisen rechnet man übrigens noch auf weitere Rückgänge der Eisen-, aber auch der Kohlenpreise, so daß leichtere bauvorstellungen in nicht allzulanger Zeit auf einem Punkte angelangt sein werden, welcher die Eisenindustrie wieder lebensfähig machen wird. Dieser Augenblick wird zusammenfallen mit dem Sturze derjenigen industriellen Gesellschaften, welche mit enormem Aktienkapital gegründet worden sind. Erst aus den Ruinen wird neues Leben erwachsen. Man sieht, das Streben nach einem der Natur der Dinge nicht entspringendem Lohn der Arbeit der Gegenwart und der Vergangenheit ist für die Arbeiter und die Kapitalisten gleich schädlich.

Dresden, 26. Mai. Der „Volksstaat“ bemerkt: Der sächsische Staatsminister Dr. v. Friesen that in der Kammeröffnung vom 19. Mai die klassische Neußerung: „In Sachsen giebt es keine hundert Personen, welche nicht mit vollem Herzen zum Reiche ständen und über das Verhältnis Sachsen zum Reiche glücklich wären.“ Der Glückliche! Es war ihm vergönnt, zu schlafen oder zu träumen, als in Sachsen bei den Reichstagswahlen 93,000 Stimmen auf Sozialdemokraten fielen. Möge er lange geruht haben, und der Gott, der nach dem „Kamerad“ so „groß ist im Sachsenland“, möge ihn weiter trauen lassen!

Stuttgart, 23. Mai. Die öffentlichen Erklärungen wider und für den Studientrath director Binder, den Grabredner von Dr. Strauß, haben ihren Abschluß dadurch gefunden, daß, dem Vernehmen nach, der König durch den Cultusminister, der Vorstand des höheren Schulwesens seines fortwährenden Wohlwollens und Schutzes im Besitz seiner Stellung versichern ließ. Somit wäre also, mit dem „Beobachter“ zu reden, der Pietistischen-Crawall gedämpft. Aber die Vertreter des Pietistischen Standpunktes geben sich noch nicht besiegt, sondern erklären in dem Stuttgarter „Evangelischen Sonntagsblatt“, daß diese Angelegenheit von ihnen auf der höchsten evang. lichen Landessynode, einem höchst kläglichen Institut, zur Sprache wird gebracht und der Antrag gestellt werden, die vier niederer theologischen Seminare und das höhere in Tübingen künftig hin der Aufsicht des Studientraths zu entziehen und der des Consistoriums zu unterwerfen. Das zu erreichen war denn auch von Anfang an der ganze Zweck der wiedersich Agitation, die ohne Zweifel von Seiten der Regierung und des Stände-haus in allen Theilen die gebührende Abfertigung finden wird.

Stuttgart, 27. Mai. Die Stellung des gegenwärtigen Kriegsministers v. Suckow scheint erschüttert zu sein. Derselbe hatte einen sechswochenlangen Urlaub erbeten und erlangt. Fiel es schon auf, daß hierzu gerade der Augenblick gewählt wurde, wo die Kammern zusammenkamen, deren Hauptaufgabe in dieser Session gerade die Bevölkerung über zwei Gesetze des Metabolismus der Armee ist, so ist noch befremdlicher, daß der Kriegsminister nach dem nun abgelaufenen sechswochenlangen Urlaub nicht zurückgekehrt ist, sondern um eine Verlängerung seines Urlaubs auf unbestimmte Zeit nachgesucht haben soll, da ihm seine Gesundheit die Übernahme der Geschäfte zur Zeit unmöglich mache. Man schreibt dazu der „Nat.-B.“:

Allgemein ist man der Ansicht, daß dieser Urlaub nur der Übergang zur Pensionierung ist und daß v. Suckow überhaupt nicht mehr ins Kriegsministerium zurückkehren wird. Welches die entscheidenden Gründe für das jetzige Verhalten des v. Suckow waren, vermag ich nicht anzugeben. Einigen sagen, seine Gesundheit sei wirklich sehr angegriffen. Andere dagegen behaupten, die geheime Krankheit, an der er leide, sei die unerklärliche Beziehung zum Kriegskommunismus. Wahrscheinlich ist, daß Beides zusammengeht. Bekanntlich fanden schon unter General v. Stülpnagel beständige Heitereien zwischen dem Kriegsministerium und dem Kriegskommando statt; es scheint, daß solche Konflikte auch unter General v. Schwarzkoppen nicht ganz fehlten und wahrscheinlich werden dieselben fortwähren, so lange überhaupt ein Kriegsministerium hier besteht. Viele sind darum der Ansicht, wenn v. Suckow jetzt zurücktrete, sei es das Zweckmäßigte, das hiesige Kriegsministerium ganz aufzuhören. Die Aufgabe unseres Kriegsministers ist jetzt allerdings eine außerordentlich beschränkt; doch ist kaum zu erwarten, daß man hier auf ein eigenes Kriegsministerium verzichten wird, besonders so lange ein Reichskriegsministerium nicht besteht. Man wird also einen Nachfolger für v. Suckow jedenfalls suchen; nur dürfte derselbe nicht so leicht zu finden sein, denn die Stellung ist eben jetzt eine derartige, daß ein umsichtiger und begabter Offizier sie schwierig annehmen wird, weil dieser schwierige Vermittlerposten zwischen dem Hof und dem Generalkommando jetzt eigentlich besser für einen Diplomaten, als für einen Soldaten paßt.

Paris, 26. Mai. Heute Morgen war in Versailles Minister erath unter dem Vorsitz des Marschalls Mac Mahon. Wie es heißt, wurde über die Erklärung berathen, welche übermorgen der Kammer vorgelegt werden soll. Die Wahl in der Nièvre kam ebenfalls zur Sprache. Der größte Theil der Minister war von dem Erfolg der Imperialisten nicht sehr erbaut. Der Marschall schien aber keineswegs unzufrieden zu sein. Was die innere Politik anbelangt, so will der Marschall noch strenger vorgehen als bisher. Aus diesen Gründen wurde auch Welche, der von 1866 bis 1872 Maire von Nancy war und dann Präfekt der Haute Garonne wurde, zum General-Sekretär im Ministerium des Innern ernannt. Der Marschall kennt ihn nämlich persönlich und weiß, daß es ein äußerst konservativer, strenger und unheugamer Mann ist. — Die Verwarnung, welche der „Gaulois“ erhalten hat, lautet:

Der „Gaulois“ behauptet in seiner Nummer vom 26. Mai, daß die Bonapartisten Grund haben, die Absetzung des Kaisers, welche keine Bedingung der Legalität und Rechtsgültigkeit erfüllte, für null und nichtig zu halten, da das allgemeine Stimmrecht allein das Recht hat, das, was es geschaffen, und zwar unter den nämlichen Bedingungen, unter denen es dasselbe geschaffen, ungestrichen zu machen. Da diese Stelle die Autorität eines Beschlusses der National-Versammlung abzuschwärzen bezwekt, so hat die Regierung die Pflicht, zu erklären, daß sie für die Zukunft die Veröffentlichung von Artikeln mit diesem Charakter nicht dulden kann.

Der „Gaulois“ bemerkt dazu: „Wir nehmen ohne Kommentar die vorstehenden Worte auf, deren Form, mehr die einer bedrohlichen Verwarnung als die eines Communiqués ist und jede Diskussion untersagt.“

Aus Santander vom 23. Mai wird der „Kön. Btg.“ geschrieben: Das war gestern große Aufregung hier, ähnlich etwa wie in

Rom, als es hieß „Hannibal ante portas“, was man für den hiesigen Fall mittels einer leichten Aenderung ganz passend mit „Cannibales ante portas“ wiedergeben könnte. Man erfuhr, daß eine starke Abtheilung von Vertheidigern des Altars und des göttlichen Rechtes über die Grenze gekommen sei und einer kleinen Schaar von etwa 80 Freiwilligen der Provinz den Weg hierher verlegt habe. Es seien 1300 Mann zu Fuß, einige berittene Krieger und zwei Feldstücke. Das Ziel des Streifzuges konnte nur die wichtige Station von Reynosa sein, durch deren Okkupation der ganze nordöstliche Theil von Spanien von jeder Eisenbahnverbindung mit Madrid abgeschnitten sein würde. Nur um etwa zwei Meilen waren die Eindringlinge von der genannten Station entfernt. Santander aber ist fast ganz von Truppen entblößt, und bewaffnete Hilfe von einem Belange dürfte nur von Bilbao zu haben sein, was immer zwei bis drei Tage beanspruchen würde, wenigstens nach der Durchschnittsgeschwindigkeit spanischer Truppenkörper gerechnet. Indessen betrachten sich die Bewohner von Santander schon durch die natürliche Lage ihrer Stadt, die „spanische Mausfalle“ genannt, gegen jede, nicht mit bedeutenden militärischen Mitteln ausgeführte Ueberrumpfung für gefest, und waren zudem entschlossen, im schlimmsten Falle selbst das Gewehr zu ergreifen und sich ihrer Haut und ihres Geldes zu wehren, so gut es anging. Die Väter der Stadt haben zudem für eine künstliche Befestigung der Stadt gesorgt, indem ein von den Carlistern im letzten Januar versuchter Ueberfall die Nothwendigkeit derartiger Vorsichtsmaßregeln nahe legte. Es ist ein breiter Wall mit Graben und Glacis, der sich von der Ria (dem Hafen) an über die Höhenjüge südwestlich von der Stadt bis zum Meere hinzieht, mindestens eine Meile lang und mit jener Zierlichkeit angelegt, die man hier bei allen Befestigungsarbeiten wahrnimmt. Wollte man freilich im gegenwärtigen Augenblick diesen Wall mit Kanonen spicken, so wäre kein anderes Mittel, als die alten gußeisernen Stücke am Quai auszugraben und mit runden Steinen zu laden. Denn von Kanonen und Munition ist noch so gut wie gar nichts vorhanden. Indessen brachte man gestern doch zwei Bataillone vom 20. Regiment auf die Beine, um sie den bedrängten Volontarios zu Hilfe zu schicken. Mittlerweile hatte sich das Gerücht verbreitet, die kleine Schaar sei sammt und sonders gefangen und erschossen worden. Das stellte sich allerdings später als zwar nicht ganz unrichtig, aber sehr übertrieben heraus. Man kennt aber hier den Gross, den die Carlistern gerade gegen die Freiwilligen hegen und daß ihnen allen der Tod geschworen ist. Die Bevölkerung, namentlich die arbeitenden Klassen, denen die Volontarios der Mehrzahl nach angehören, geriet in große Aufregung. Manrottete sich in den Straßen und auf den öffentlichen Plätzen, namentlich vor dem Postgebäude, zusammen, und bald hörte man dumpfe Drohungen gegen die Geistlichkeit und einige notorische Anhänger von Don Carlos. Vorzüglich zeigten die Weiber sich eifrig, das Feuer zu schüren. „Sie haben unsere Söhne, unsere Brüder, unsere Bräutigams ermordet“, hieß es, und die Lust, Gleiches mit Gleichem zu vergelten, war sichtlich groß, bis es dem Platzkommandanten gelang, den Leuten den wirklichen Thatbestand mitzutheilen — es sind etwa fünf bis sechs Freiwillige erschossen worden — und eine neue Auflage der sicilianischen Vesper zu verhindern. Wie ich von derselben Seite höre, werden die Freiwilligen heute Abend hierher zurückkehren. Auch wurde mir auf der Kommandantur versichert, daß alle nötigen Maßregeln getroffen seien, um eine Unterbrechung der Eisenbahnverbindung zu verhüten.

Guatemala. Über die schon mehrfach erwähnte Misshandlung des britischen Botschafters Magee zu San José bringt der New-York „Hrd.“ einen ausführlichen Bericht, dem wir folgendes entnehmen: Wie schon mitgetheilt, war das Motiv des Kommandanten Gonzales zu der schändlichen That Reid und Eifersucht, weil Magee als Botschaftsrat eine von dem Kommandanten unabhängige Stellung einnimmt. Gonzales ist seinem Rang nach Oberst; er hat von der Pike auf gedient und wird als ein rüder, brutaler Mann geschildert, den bei dieser Gelegenheit loszuwerden die Regierung sich freuen soll. Durch Zufall wählte Gonzales zur Befriedigung seiner Eifersucht an Magee den Tag, an welchem der Dampfer „Arizona“ in Guatemala anlegte. Er beschied Magee zu sich, und als dieser sich entschuldigte, er habe ein schlimmes Bein, sandte er Soldaten in seine Wohnung, die ihn tot oder lebendig bringen sollten. Sie brachten ihn lebendig schlugen ihn ins Gesicht und verhöhnten und beschimpften ihn auf jede erdenkliche Art. Gonzales diktirte ihm 400 Peitschenhiebe zu. Der Hafnarzt protestierte dagegen mit dem Bemerken, die Strafe könne kein Mensch lebend aushalten, worauf Gonzales erwiderte, nun gut, dann möge er sterben. Wenn er die 400 weg hätte, gedenke er ihn so wie so totzuschießen, und überhaupt mit allen Fremden im Orte aufzuräumen. Der Konsul der Vereinigten Staaten, James, protestierte gleichfalls offiziell gegen den Missbrauch der Gewalt. Gonzales ließ Magee theilweise entkleiden, zu Boden werfen und während fünf Soldaten auf seinen Kopf und seinen Armen und Beinen saßen, um ihn nieder zu halten, theilten andere Soldaten die Hiebe aus, je einer immer fünfzig. Gonzales saß dabei, sah zu, zählte die Hiebe selbst und trank Whisky. Nach dem zweihundertsten Hieb wurde Magee ohnmächtig und Gonzales ließ ihn daher auf ein Bett legen, wo er sich erholen sollte, um am folgenden Morgen die andern 200 aufgezählt zu erhalten. Als Magee wieder zu sich kam, höhnte ihn Gonzales und legte ihm den geladenen Revolver wiederholt an die Stirn. Obwohl Gonzales sich der Telegraphendrähte bemächtigt hatte, war es doch dem Agenten der Pacific Mail Steamship Company, Mr. Moncrieffe, gelungen, aus der Stadt zu entkommen und von anderer Stelle nach der Hauptstadt um Hilfe zu telegraphiren. Die Regierung entlade sofort den General Solano mit hundert Mann. Die Nähe derselben wurde in dem Augenblick gemeldet, in welchem die Tortur des unglücklichen Magee aufs Neue beginnen sollte. Um sich vor weiterer Gewalt zu schützen, bot Magee seinem Peiniger ein Geleitschreiben an den Kommandeur des Schiffes „Arizona“ an, mittels welches er entkommen sollte. Der amerikanische Konsul redete dem Kommandanten zu, der übrigens keiner Zurede bedurfte. Er ließ sich das Geleitschreiben bereitwillig ausspielen; so wie er es hatte, gab er indessen seinen Mannschaften Befehl, Magee zu erschießen. Die Leute merkten jedoch, daß eine neue Sonne im Aufgehen sei und leisteten dem Befehl keine Folge. In Begleitung des Konsul James entkam Gonzales an Bord der „Arizona“. Hier herrschte unter den Passagieren großer Entrüstung. Nur mit Mühe hatte sie der Kapitän Morse vom bewaffneten Einschreiten zu Gunsten Magee's abgehalten und nun sollte der Mensch gar in ihrer Mitte entkommen! Ein Passagier gab einen Schuß, der Gonzales leicht verwundete. Er sprang in das Boot zurück und

ruderte ans Land, wo er den Truppen Solano's in die Hände fiel. Solano kündigte sogleich seine Absicht an, wenigstens in gewissen Maßen Gleiche mit Gleichen zu vergelten. Er wollte die Wunde erkranken und dann Gonzales durchpeitschen und schließlich tödlich schlagen.

## XXI. Allgemeine deutsche Lehrerversammlung.

Breslau, 27. Mai.

Die bereits erwähnte Rede, welche Regierungsschulrat Manz in der ersten Hauptversammlung gehalten hat, lautet wie folgt: Die königl. Regierung hat mich beauftragt, in ihrem Namen die XXI. allgemeine deutsche Lehrerversammlung zu begrüßen. — Vereinigung, hochgeehrte Versammlung, Vereinigung gehört zu der Sphäre unserer Zeit auf allen Gebieten des Lebens, auch auf dem Gebiete der Schule. Vereinigung gibt aber stets und überall eine Macht. Darum kann von Reinem, der Interesse an der Schule hat, die Vereinigung von Lehrern und Schulfreunden in den allgemeinen deutschen Lehrerverammlungen mit Gleichgültigkeit angesehen werden. Man kann hoffen, man kann fürchten, aber man kann nicht ohne Theilnahme sein.

Auch die königl. Regierung in Breslau kann nicht ohne Theilnahme sein, wenn eine allgemeine deutsche Lehrerversammlung in ihrem Bezirk tagt. Es könnte sich nur fragen, welcher Art die Theilnahme ist? — Nun, hochverehrte Versammlung, wenn eine That spricht, welche das Wort wohl fehlen. Die königl. Regierung läßt die Lehrerversammlungen begrüßen: Die königl. Regierung, hochverehrte Versammlung, muß hoffen.

Es läßt sich nicht leugnen, daß zwischen Lehrern und Regierungen nicht blos Staatsregierungen, sondern auch Kommunalregierungen ich sage, es läßt sich nicht leugnen, daß zwischen Lehrern und Regierungen manche Missstimmungen bestanden haben und noch bestehen und es läßt sich leider nicht erwarten, daß vergleichbar in Zukunft fehlen werden. Es folgt das eben nothwendig aus den Verhältnissen. Denn nicht blos die Wünsche, auch die Überzeugungen, auch die Gewissensüberzeugungen der Menschen, sind verschieden. Und so lebt man auch in der Theorie anerkannt, ja fordert, daß ein Mann und eigener Überzeugung handeln müsse: in der Praxis ist es jedem unmöglich, wenn nicht nach seiner gehandelt wird. Auch geht es gar zu leicht, daß Personen angerechnet wird, was Verhältnisse verschuldet. Darum können Missstimmungen sogar in den engsten und in den zartesten Verhältnissen vorkommen und es ist auch kein sonderliches Unglück, wenn die Missstimmung nur nicht dauernd wird, wenn sie nur nicht in Misstrauen übergeht und das Misstrauen sich festsetzt. Dauerndes Misstrauen verpestet jede Verbindung.

Leider giebt es nun freilich in der Schulgeschichte Deutschland auch böse Blätter, welche von Misstrauen erzählen. Doch, hochgeehrte Versammlung, man kommt stets am weitesten, wenn man über die Vergangenheit weder jubelt, noch klagt, noch weniger aber grüßt; man kommt stets am weitesten, wenn man die Vergangenheit wirklich vergangen sein läßt und von dem Punkte aus, auf welchem man sich gerade befindet, frisch und kräftig weiter zu kommen sucht.

Lassen auch wir, hochgeehrte Versammlung, die Vergangenheit vergangen sein; fragen wir nicht weiter, wer schuld gewesen ist, freuen wir uns vielmehr, daß jetzt aus der Verbindung der deutschen Lehrer und der deutschen Schul-Regierungen, welche doch nur einmal zusammen gehören und zusammen leben müssen, jenes vergangene Misstrauen immer mehr und mehr schwindet und suchen wir freudig weiter zu kommen!

Die 21. allgemeine deutsche Lehrer-Versammlung tagt unter Verhältnissen, welche ihre Verhandlungen heben können, nein — heben müssen!

Sie tagt in Preußen. Es wird kein deutscher Stamm und kein deutscher Staat verletzt, wenn hier ausgesprochen wird, daß die letzten Jahre in Preußen Vieles gebracht haben, was wenigstens im Sinne der großen Mehrzahl dieser Versammlung Fortschritt ist (Zustimmung). Und daran wird und muß ja Weiteres sich anschließen, denn es ist nicht blos richtig, wie der Dichter sagt: das ist der Segen der bösen That, daß sie fortzeugend Böses muß gebären; es ist ebenfalls richtig, wenn man variiert: „Das ist der Segen jeder guten That, daß sie fortzeugend Gutes muß gebären!“

Die 21. allgemeine deutsche Lehrer-Versammlung tagt in Breslau. Es wird schwerlich irgend ein berechtigter Volkspatriotismus in der Versammlung sich verletzt fühlen, wenn hier ausgesprochen wird, daß Breslau in der Sorge für das Schulwesen von keiner deutschen Stadt sich übertreffen läßt und auch hier heißt es wieder: „Das ist der Segen jeder guten That, daß sie fortzeugend Gutes muß gebären.“

Unter solchen Verhältnissen, hochgeehrte Versammlung, kam alle Gereiztheit, welche unter drückenden Erinnerungen leicht hervorruft, billig schwinden und es erzeugt sich naturgemäß ein Adel der Verhandlungen, würdig unserer Zeit und würdig einer Versammlung von Lehrern, welche bei den Kindern und der Jugend auch bei der Hoffnung der Zukunft, Streiche gegen eine Macht zu führen, gegen welche nach dem Dichterwort zwar Gott vergebens kämpfen, aber nimmermehr vergebens der Gott, welcher der Geist ist und dessen Diener zu sein auch jeder Lehrer berufen ist. Unter solchen Verhältnissen darf die hiesige königliche Regierung nicht blos wünschen, sie darf mit Zuversicht hoffen, daß diese Verhandlung der großen Sache nützen wird, welche uns allen gleichmäßig am Herzen liegt, sie hofft mit Zuversicht, daß diese Versammlung wird in der Avantgarde des Geistesfeldes mit marschiert, denn die königl. Regierung ist überzeugt, daß jedes Mitglied der Versammlung von dem Gedanken beseelt ist, es müsse mit Weisheit nach dem Besser gesucht und mit Besonnenheit das, was beschlossen worden, und nach den gegebenen Verhältnissen möglich ist, ausgeführt werden.

Die königl. Regierung hofft mit Zuversicht, daß überall die hochgeehrte Verkehr, wie im Reden und Beschlüßen, daß überall die hochgeehrte Versammlung Thaten thut, von denen gilt, was ich zum dritten Male zu sagen mir erlaube: „Das ist der Segen jeder guten That, daß sie fortzeugend Gutes muß gebären!“

„Das walte Gott, um dessen Geist wir vorhin gebetet haben Amen.“

## Sakales und Provinziales

Posen, 29. Mai.

r. Der Unterricht in sämtlichen Lehranstalten unserer Stadt hat nach den Pfingstferien am Donnerstag wieder begonnen. Nur in einigen Klassen, deren Lehrer zur Lehrerversammlung in Breslau gesetzt sind, beginnt, soweit diese Lehrer nicht vertreten werden können, der Unterricht erst am Montage.

Handelskammer. Heute findet eine Sitzung der Handelskammer ausschließlich zur Feststellung des Jahresberichts pro 1873 statt.

Ein Schneidergeselle hatte am Mittwoch Abends auf dem Städtchen mit anderen Personen Schläger angefangen, und das Publikum dabei dermaßen belästigt, daß zu seiner polizeilichen Verhaftung gerichtet werden mußte. Doch setzte er dem Schutzmann dabei so energischen Widerstand entgegen, daß die Verhaftung nur mit Hilfe anderer Personen aufgeklärt werden konnte. Seitdem befindet er sich im Polizeigewahrsam.

Gestohlen wurden einem am Neuen Markt wohnenden Bäckermeister aus unverschlossener Kammer mehrere Betten, und einem eigenen Juwelier aus dessen Garten ein kleines Tischstück, ein rothes Kleid-Tischstück, 2 Stücke Leinwand etc. — Eine Wirthin aus Inowraclau ist unter Mitnahme einer ihrer Herrschaft gehörigen Summe von 280 Thlr. verschwunden. — In Kostrzyn ist ein weißer Schafspelz und ein blauer Luchtmantel gestohlen worden, und hat sich der Dieb wahrscheinlich nach Posen gewendet. — Die beiden Ochsen, welche einem Fleischermeister, wie bereits mitgetheilt, aus unverschlossenen

hof angeblich gestohlen worden sind, haben sich wieder vorgefunden; sie waren irrtümlicherweise in einen andern Stall auf demselben Hofe geführt worden.

— In unserer heutigen Tagesübersicht muß es in der 9. Zeile nicht "den römischen Frieden" sondern "den römischen Feinden unseres Vaterlandes" heißen. Ferner sollte der Abschnitt von den katholischen Altkatholiken vor die Auslassungen der "Prov. Korr." zu stehen kommen.

— Aus dem Kreise Kröben, 24. Mai. [Konferenz-Chausee. Saaten.] Unter dem Vorsitz des k. Kreisschulinspektors Herrn Fehlberg (Pissa) fand am 20. d. M. in Kröben eine Konferenz sämtlicher kath. Elementarlehrer des Kreises statt. Nachdem seitens des Vorsitzenden die Konferenz mit Gebet eröffnet, die Anwesenden begrüßt und mit dem Zwecke der Konferenz: Erläuterungen resp. Beratungen über verschiedene Unterrichtsangelegenheiten, sowie der Lehr-, Stoff- und Stundenpläne auf Grund der allgemeinen Bestimmungen befammt gemacht worden waren, wurden u. A. folgende Resolutionen gefasst: 1) der Normal-Lehrplan wird vom Kreisschulinspektor ausgearbeitet, der k. Regierung zur Bestätigung überreicht und sodann jeder Schule zur speziellen Ausarbeitung für jede Klasse zugefandt. 2) Die deutsche Sprache muss namentlich auf der untersten Stufe sorgsamst gepflegt werden, je nach Erfolg werden die Numerationen vertheilt. 3) Es empfiehlt sich, daß auch die älteren Lehrer, welchen gewöhnlich die Oberklassen zugewiesen sind, in den unteren Klassen resp. Abtheilungen unterrichten, weil die ganz kleinen das Fundament einer tüchtigen Schule bilden sollen. 4) Mehrere gute Schulen sollen zu Musterschulen designirt werden, in denen junge Lehrer durch Hopspitzen sich die nötige Praxis aneignen. 5) Die Konferenzen werden jährlich zweimal abgehalten, und erhält jeder Lehrer pro Meile 1 Thlr. Vergütung aus den Schulversäumnisstrafgeldern. Ein gemeinschaftliches Mittagsmahl vereinigte schließlich alle Theilnehmer in heiter, gemütlicher Weise, wobei der Vorsitzende ein Hoch auf den Kaiser, Lehrer Rulczynski ein solches auf den Kreisschulinspektor ausbrachte, welcher hierauf den gesamten Lehrerstand hoch leben ließ. — Die in dem Artikel "Von der Orla" in Nr. 337 d. B. enthaltene Bemerkung über die Chaussee von Jutroschin nach Dönicz wird hiermit dementiert, da nach dem Urtheile maßgebender Persönlichkeiten dieselbe durchweg gut ist. — In Folge der letzten Nachfragen haben Frühjahrsfeste und Obstblüthen nicht bedeutend gelitten. Der seit mehreren Tagen wehende trockene Ostwind möchte einem warmen Regen weichen.

? Aus dem Obrabruche, 25. Mai. [Nachtheilige Folgen der Entwässerung. Trockenheit.] Von mehreren Seiten werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß unser früherer Bericht über die günstigen Folgen der Melioration resp. Entwässerung des Obrabruches nicht in allen Punkten der vollen Wirklichkeit entsprechen soll. Obwohl jener Bericht auf einer mehr denn 30jährigen persönlichen Anschaunng und Beobachtung der tatsächlichen Verhältnisse beruht und in seinen Hauptpunkten trotz gegentheiliger Behauptungen auch heute von uns nicht zurückgenommen werden kann, zumal er bei objektiver Darstellung einen durchaus unparteiischen Standpunkt vertritt und auf Grund eigener Wahrnehmungen geschrieben wurde, so wollen wir doch die gegentheilige Ansicht, die uns von sehr achtbarer Seite ausgesprochen wird, nicht ganz zurückweisen, da sie ebenfalls durch tatsächliche Beobachtungen und Erfahrungen begründet scheint. Nach gegenwärtiger Ansicht wären nämlich die Folgen der durchgeführten Entwässerung des Obrabruches nicht überall so günstig und für die Mehrzahl der Grundbesitzer nicht so vortheilhaft, wie unser erster Bericht es dargestellt. Insbesondere hätten die Bewohner des westlichen, im sonstigen Kreise belegenen Theiles des Bruches mehr Schaden als Nutzen von der Entwässerung, namentlich diejenigen, deren höher liegenden Wiesen von der künstlichen Befäßerung (durch die Schließung der Schleusen) im Frühjahr nicht erreicht werden und daher unter fast fortwährender Trockenheit leiden, so daß sie jetzt einen weit geringeren Ertrag liefern als früher, wo die natürlichen Überschwemmungen auch diese höheren Wiesenflächen erreichten und ihren Ertrag erhöhten. Dagegen lämen noch die hohen Beiträge, welche die befehligen Gemeinden und Gutsbesitzer für die Beaufsichtigung und Instandhaltung der Kanäle und Brücken, für besondere Beamten, Aufseher &c. wie überhaupt für die Be- und Entwässerung, den Schleusenbau u. s. w. zu zahlen haben, so daß der theilweise Augen Einzelner durch das sogenannte Kanalgeld reichlich, bez. doppelt und dreifach bezahlt werde. Dagegen wird für den östlichen Theil des Bruches im kostener Kreise ein bedeutender Vortheil der Entwässerung zugesstanden. — Diese gegentheiligen Ansichten und Wahrnehmungen dürften zum Theil durch die wiederholt sehr groß gewesene Trockenheit der Sommermonate in den letzten Jahren veranlaßt sein, welche es bewirkt, daß die höheren Wiesenflächen einen sehr geringen Ertrag liefern. Auch für dieses Jahr eröffnet sich dieselbe trübe Aussicht, indem nicht allein der Winter wenig Niederschläge gebracht, sondern jetzt auch in unsere Gegend seit 3 Wochen kein Regen gekommen ist, weshalb die höheren Wiesen- und Grasplätze bereits wie im Hochsommer verdorrt aussehen und keine Weide für das Vieh liefern, wozu wohl auch die Kälte wesentlich beigetragen hat.

? Aus dem Obrabruche, 26. Mai. [Schulhausbau. Simultananschule.] Nachdem das katholische Schulhaus in Kiebel so baufällig geworden, daß seine fernere Benutzung ernste Bedenken erregt, ist die Errichtung eines neuen Schulhauses notwendig geworden und event. für nächstes Jahr beschlossen. Die Kosten des Neubaus sind auf 9000 Thlr. veranschlagt und sollen in dem neuen Hause drei Klassen und drei Lehrerwohnungen eingerichtet werden, so daß dann die jetzt in besonderen Häusern untergebrachten Schulen und die besonders wohnenden Lehrer in dem neuen Schulhause Platz finden würden. In Verbindung mit diesem Bau ist auch die Wiedervereinigung der seit mehreren Jahren getrennten evangelischen und katholischen Schule in eine gemeinschaftliche dreiklassige Simultananschule projektiert, doch dürfte die Ausführung dieses Projekts noch erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden haben. Da die katholische Schule 220, die evangelische dagegen kaum 30 Schüler hat, so würden auch nach der Vereinigung noch drei starke Klassen von je 80 bis 90 Schülern vorhanden sein, und wäre es im Interesse der gedeihlichen Entwicklung der Schule sehr wünschenswert, wenn vier Klassen eingerichtet und vier Lehrer angestellt werden könnten. Gegenwärtig sind aber nur zwei Lehrer in Kiebel, ein evangelischer und ein katholischer, indem der frühere zweite katholische Lehrer bereits seit dem 1. Februar d. J. nach Ratzka versetzt worden ist und ein Bewerber um die erledigte Stelle bis jetzt sich nicht gefunden hat (dasselbe ist auch in Radebeul der Fall), weshalb der erste katholische Lehrer Ratzka beide Klassen der katholischen Schule allein verwaltet muss. Der Industrieunterricht wird von der Frau des Lehrers Ratzka sowohl den evangelischen und katholischen Mädchen bereits gemeinschaftlich (also simultan) ertheilt.

XX Obrnik, 28. Mai. (Feuer.) Auf dem Hauptgute der Herrschaft Lüdorn brach heute Feuer aus, welches zwei Ställe einfaßte. Während das in dem einen Stalle befindliche Vieh, 80 Stück der Original-Holländerherde, noch gerettet werden konnte, verbrannen leider in dem andern über 200 Mutterschafe mit Lämtern. Dieselben bildeten einen Theil der wertvollsten seit 9 Jahren größtentheils von Original-Nambouillet-Böcken gezogenen Mutterherde.

## Wissenschaft, Kunst und Literatur.

\* Im Verlage von J. J. Weber in Leipzig ist soeben folgendes Werk erschienen: *Katechismus der allgemeinen Literaturgeschichte von den ältesten Kulturvölkern bis zur neuesten Zeit* von Dr. Adolf Stern, Professor der Literaturgeschichte am Königlichen Polytechnikum zu Dresden. Der gänzliche Mangel eines Grundrisses der allgemeinen Literaturgeschichte hat sich so entschieden gestellt, daß der hier vorliegende Katechismus gewiß von allen Seiten die beste Aufnahme finden wird, um so mehr, als es dem Verfasser gelungen ist, in gedrängtem Rahmen ein klares Bild der Einzelliteraturen der Kulturvölker zu geben und ihre gemeinsame und

wechselseitige Entwicklung unter der Einwirkung großer historischer Verhältnisse darzustellen.

\* Jahrbuch der preußischen Gerichtsverfassung, redigirt im Bureau des Justizministeriums, 11. Jahrgang. Berlin 1874. Verlag der Königl. Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei (R. von Decker). 8. 30½ Bogen. Preis 1 Thlr. 25 Sgr. — Das vorstehende Werk gehört zu denjenigen, welche zweijährlich in neuer Bearbeitung wiederhergestellt, eigentlich in einer juristischen Bibliothek fehlen dürfen, da es einen so umfassenden statistischen Inhalt aufweist, daß jede in seiner Sphäre gehabte Frage ihre sofortige Lösung findet. Das Buch selbst verzählt in drei Theile, deren erster, der allgemeine, die Gerichtsorganisation sämtlicher preußischen Provinzen, sowie die in ihnen bestehenden Sondergerichte, wie Militär-, Disziplinar-, Universitäts-, Handels-, Gewerbegechte u. s. w. bezüglich ihrer Kompetenz und den Verfahrensmodus behandelt. Am ihn reicht sich der zweite oder besondere Theil, dessen Aufgabe es ist, ein übersichtliches Bild von der Einrichtung und Besetzung des Justiz Ministeriums und der Gerichtsbehörden zu geben, hinsichtlich letzterer ihr territorialer Umfang, die in ihren Bezirken liegenden Städte und die Einwohnerzahl der ihrer Jurisdiction unterworfenen besondere Erwähnung finden. Der dritte und letzte Theil enthält eine Übersicht der Gerichtsbehörden und des Beamtenpersonals sämtlicher Provinzen, ferner ein Ortschaftsverzeichnis mit sämtlichen Städten der Monarchie und denjenigen Orten, in denen sich der Sitz einer Gerichtsbehörde befindet, sowie die Angabe, ob an ihnen ein Gymnasium, Progymnasium, Real- oder höhere Bürgerschule besteht und zu welcher Servitsklasse sie zählen, und schließlich ein sorgfältig zusammengestelltes, das Nachschlagen wesentlich erleichterndes Namensregister. Der somit das in obigem Gebiet vorhandene Material völlig erschöpfende Inhalt des Werkes wird also hoffentlich auch in dem gegenwärtigen Jahrgange die ihm seit zwanzig Jahren bewiesene Aufmerksamkeit der juristischen Kreise in seinem alten Maßstab wiederfinden.

## Staats- und Volkswirtschaft.

\*\* Provinzial-Gewerbe-Bank. In der am Mittwoch Abend zu Berlin stattgehabten Aufsichtsraths-Sitzung wurde beschlossen, eine außerordentliche Generalversammlung auf den 11. Juni einzuberufen. Auf der Tagesordnung befindet sich die Beratung über den Antrag des Aufsichtsraths, dahin gehend, die Direktion zu beauftragen, zum Zwecke der Heraufsetzung des Grundkapitals Altien der Bank bis zu einer Million Thaler nominell, jedoch nicht über pari anzutauen und nach Ausführung dieses Antrages die Einberufung einer neuen Generalversammlung zu veranlassen, die über die definitive Heraufsetzung des Grundkapitals zu beschließen hat.

\*\* Pommersche Zentral-Eisenbahn. Die "Nat.-Btg." hört, daß die Konkurs-Verwaltung dieser Bahn einen zweiten Subhaftungsstermin zum Verkaufe derselben nicht anberauft wird. Die Konkurs-Verwaltung beantragt bei dem Handelsminister dringend die Übernahme der Bahn seitens des Staates, indem sie die Gefahren für die fast vollendete Linie schildert, die durch ein längeres Brachliegen nicht besser, wohl aber schon bei der mangelhaften Aufsicht, der dieselbe jetzt unterliegt, schlechter wird. Früher schon habe die Konkurs-Verwaltung an das Handelsministerium das Gefüch geträgt, das gesamme Vermögen der Bahn vermerkt und alles Uebrige incl. der Konzession verkaufen zu dürfen. Hierzu hat das Handelsministerium die Konkurs-Verwaltung als nicht berechtigt nach den bestehenden Eisenbahngesetzen erklärt.

\*\* Berliner Nordbahn. Es ist neuerdings eine neue Combination aufgetreten, um her Berliner Nordbahn die zur Baufortschreibung nothwendigen Geldmittel zu schaffen. Dieselbe ist nach den Informationen des "Börs. Cour." nicht aussichtslos, da sehr einflußreiche Persönlichkeiten dem Zustandekommen eines Arrangements, in welcher Form immer es auftreten möge, sich nach Möglichkeit förderlich erweisen. Diese Combination geht dahin, daß für fünf Millionen Prioritäten auf fünf Jahre eine Privatgarantie geschaffen wird. Ein Consortium, das diese Garantie übernehmen würde, soll den Betrag der fünfjährigen Zinsen bei der königl. Seehandlung hinterlegen und diese hat für den Fall, daß dieses Arrangement zu Stande kommt, bereits ihre eventuelle Bereitwilligkeit erklärt, die Emission der Prioritäten zu übernehmen.

\*\* Breslau, 27. Mai. [General-Versammlung der Breslauer Aktiengesellschaft für Möbel-, Parquet- und Holzbau-Arbeit, vorm. Gebr. Bauer und vorm. Fr. Rehorst]. Die auf heute berufene Generalversammlung der vorgenannten Gesellschaft wurde in dem kleinen Saal der neuen Börse abgehalten und durch den Vorsitzenden des Aufsichtsraths, Stadtrichter a. D. Friedländer, kurz nach 4 Uhr eröffnet. Eröffneten waren 20 Aktionäre, welche 185 Stimmen repräsentieren. Der gedruckt vorliegende Geschäftsbericht, von dessen Verlesung Abstand genommen wird, besagt, daß die Erwartung einer steigenden Prosperität sich nur zum Theil verwirklicht habe. Die Aktivposten der Bilanz bestehen aus: Waarenbestände 211,787 Thaler, Holzvorräthe und Materialien-Bestände 147,765 Thlr., Inventarium 6686 Thlr., Grundstücke 693,451 Thlr., Kassa und Wechsel 8650 Thlr., Debitoren 122,872 Thlr., Berliner Zweiggeschäft 127,698 Thlr., die wichtigsten Posten der Passiva: Altien 400,000 Thlr., Stammprioritäten 594,800 Thlr., Reservesfonds 11,623 Thlr., Kreditoren 169,690 Thlr. Das Gewinn- und Verlust-Konto schließt mit einem Reingewinn von 115,273 Thlr., an welchem das Berliner Zweiggeschäft mit 27,403 Thaler partizipirt. Die Umtaten betragen 30,130 Thlr., Zinsen sind 23,494 Thlr. gezahlt worden. Die Vertheilung des Reingewinns geschieht in folgender Weise: Abrechnung auf Utensilien, Waaren, Maschinen und Grundstücke 27,714 Thlr., Delcredere-Konto 5040 Thlr., Reservesfonds 10 Prozent des Reingewinns mit 8252 Thlr., Tantieme an Direktion und Beamte 4951 Thaler, an Aufsichtsrath 1661 Thlr.; 6 Prozent Dividende für die Stamm- und Stammprioritäts-Aktien 59,640 Thlr., Amortisation auf ausgelöste Prioritäten 6600 Thlr., Übertrag auf neue Rechnung 1234 Thlr.

Jahresrechnung und Bilanz wurden ohne Widerspruch genehmigt, ebenso die vorgeeschlagene Gewinnvertheilung und die Entlastung ausgeschlossen. Nachdem noch der Vorsitzende mitgetheilt hatte, daß die Auszahlung der Dividende Anfangs Juni erfolgen würde, schloß der selbe die Generalversammlung.

\*\* Allgemeine deutsche Kreditanstalt in Leipzig. Die Geschäfts-Uebericht des ersten Quartals 1874 ergibt im Vergleich mit dem vom 31. Dezember 1873 folgende wichtige Veränderungen: Aktiv a: Baare Kasse Zunahme 64,000 thl., Wechsel Abnahme 77,000 thl., Waarenfairenbetrieb Zunahme 70,000 thl., Pfänder Abnahme 237,000 thl., Effekten Zunahme 457,000 thl., Laufende Rechnungen Abnahme 310,000 thl. Passiva: Akzpte im Umlauf Abnahme 98,000 thl., Einlage und Darlehensbücher Zunahme 400,000 thl., der Reingewinn beziffert sich auf 298,995 thl. Derselbe entspricht dem Aktienkapital gegenüber einer Dividende von ca. 3 Proz. oder per annum 12 Proz. excl. der Kontoforderungen und Provisionen, welche im Vorjahr einen Nettogewinn von 4 Proz. ergaben.

\*\* Glogau, 28. Mai. [Wollbericht.] In den letzten Tagen sind hier bedeutende Posten von Wolle mit bekannter Preisreduktion (4-5 Thlr.) abgeschlossen worden. Die Zufuhren zum heutigen Wollmarkte sind sehr schwach, die Käufer fast nur Händler, recht zurückhaltend. Die Stimmung ist nicht animirt. (Schl. Pr.)

\*\* Buenos-Ayres, 30. April. (Von Sievers & Meyer.) Wollmarkt: Lebhaft. Vorrahrt 430,000 Arroben. Notirung von Suprawollen 95, do. für Bonne moyenne 80 Dollars. Zufuhren der letzten 14 Tage 240,000 Arroben. Verschiffung nach Bremen seit letzter Post —, do. im Allgemeinen seit letzter Post 7300 Ballen. Total verschiffung seit Beginn der Saison 145,000 Ballen. Fracht für Wolle (pr. Segler) 22½ Sh. Preis für Salzhäute 55½ Dollars. Schlachtungen der letzten vierzehn Tage gering. Verschiffung von Salzhäuten nach dem Kanal, nach England direct, und dem Kontinent seit letzter Post 12,000 Stück. Fracht für Salzhäute (pr. Segler) 20 Sh. Notirung für Talg (Orientalk in Pipen) 13½, do. für trockne Häute 58 Realen. Courses auf London 49½ D.

## Vermischtes.

\* Rastenburg, 26. Mai. Zu der Osteroder Ausstellung war auch für Theilnehmer aus unserer Gegend Seitens der Bahn-Verwaltung ein Extrazug eingestellt worden. Bei der Rückfahrt, auf der Tour zwischen Wartenburg und Rothstieb, ist eine Bremsse dieses Zuges in Brand gerathen, weil man sie auf der letzten Station loszuschieben vergessen hatte. Auf energische Zurufe der Passagiere wurde gelöscht.

\* Thorn, 26. Mai. [Unglücksfall.] Am 1. Feiertage machte ein Soldat und ein Sergeant der hiesigen Artillerie eine Exkursion nach Leibitzsch und von dort an die russische Grenze. Hier trafen sie mit einem russischen Posten stehenden Soldaten zusammen. Man unterhielt sich und im Laufe der Unterhaltung wurde auch von dem Sergeanten das Gewehr besichtigt. Er legte dasselbe an und drückte unvorsichtigerweise an dem Schloß desselben, so daß der Schuß entlud und die Kugel einen Unterbeamten des russischen Zollamtes, welcher eben aus dem Zollhause trat, in den Unterleib traf und lebensgefährlich verletzte. Der Soldat entran sofort, der Sergeant aber wurde von den russischen Grenzwächtern festgehalten, indessen an den schleunigst herbeieilenden preuß. Gendarmen auf dessen Vermittelung ausgeliefert und nach Thorn zurückgesendet. Das weitere wird die Untersuchung ergeben.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.

## Angekommene Fremde vom 29. Mai.

C. SCHARFFENBERG'S HOTEL. Die Kaufleute Hoffmann aus Berlin, Elias aus Kosten, Schönen aus Görlitz, Kawelski aus Borkow, Rittergutsbesitzer Regel nebst Gemahlin aus Strzykowo, die Gutsbesitzer Gutke aus Chabla, Große aus Rokcznowo, Bierert a. Schleinkendorff, Realschullehrer Steinert aus Rawicz.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Hoff und Hübler aus Berlin, Drost aus Weißkirchen, Marz aus Mainz, Burkhardt aus Königsberg i. Pr., du Bois aus Danzig, Pohl aus Prag, Geheimer Ober-Finanzrat Augustin und Fabrikdirektor Garbe aus Breslau, Rittergutsbes. Frau v. Sulimierska aus Polen, Fabrikant Auff aus Dresden, Hauptm. a. D. v. Münnich aus Görlitz, Landwirt Demel aus Goslawie, Rentier Wende aus Leipzig, Justizrat Knispel a. D. aus Magdeburg.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Rittergutsbesitzer Mathes a. Janowice, Jacoby a. Trzcionka, Scholz a. Bylin, die Kaufleute Adenhausen a. Berlin, Wolff a. Westphalen, Ley a. Paris, Bernick a. Leipzig, Hoffmann und Frau a. Stettin, Moeller a. Naumburg, Blumenthal a. Berlin, Glässer a. Leipzig.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Kaufleute Weber aus Breslau, Bernthal a. Mannheim, Needler a. Frankfurt, Grundmann a. Bernburg, die Gutsbesitzer Sablowksi a. Krzeszowice, v. Kustoek a. Paslam, Gasthofsbesitzer Matto a. Hannover.

## Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Bonn, 28. Mai. Die altkatholische Synode hat in der dritten Sitzung die Kirchenreformdebatten über die Fasten, Abstinenz, Katechismus und liturgischen Bücher fortgesetzt und in der vierten Sitzung die Vereinfachung des Dispenswesens in Ehesachen, sowie die Abschaffung des Reverses über die Kindererziehung bei gemischten Ehen beschlossen.

Wien, 28. Mai. Die "Abendpost" erfährt, daß der russische Kaiser beim Empfange der einzelnen Missionchefs während seines Londoner Aufenthalts an mehrere Botschafter und Gesandte verbindliche Worte gerichtet und besonders dem türkischen Botschafter gegenüber betont habe, daß ein ungestörter Friede zwischen Russland und der Porte gesichert sei, er werde alles thun, um das gute Einvernehmen zu befestigen. Der Zar sprach sich übrigens auch bei anderen Gelegenheiten zu hervorragenden Persönlichkeiten im Sinne der Erhaltung des Friedens und der Verträge aus.

Verailles, 28. Mai. [Nationalversammlung]. Der Minister des Innern brachte einen Gesetzentwurf ein, der die Regierung zur Ernennung einer provisorischen Kommission an Stelle des aufgelösten Generalrats in den Departements der Rhône-Mündungen ermächtigt. Die Versammlung beschloß die Dringlichkeit hierfür. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß neue Ministerium werde über seine politische Stellung nur dann eine Erklärung abgeben, wenn bestimmte Interpellationen darüber eingearbeitet würden.

Madrid, 28. Mai. Die "Gaceta" publiziert einen Regierungserlaß, welcher die Behörden zur beschleunigten Aushebung der neunjährigen Reservemannschaften auffordert. Gestern Abend fand bei dem Vertreter Englands, Layard, ein Diner statt, welchem die mit der Interessenvertretung Deutschlands, Italiens und anderer Staaten beauftragten Diplomaten, sowie Serrano und der Minister des Auswärtigen, Ulloa, beiwohnten.

Bremen, 28. Mai. Petro zum ruhig, Standard white 100 Pf. 100 Liter 100 pf. pr. Mai 24, pr. August-September 24, pr. September-Oktober —. Weizen pr. Mai 90, Roggen pr. Mai 64, pr. Juli-August 59, pr. September-Oktober 57. Rübbel pr. Mai 18, pr. Mai-Juni 18, pr. September-Oktober 19. Bins umfang. — Wetter: Wärmer.

Bremen, 28. Mai. Petro zum ruhig, Standard white 100 Pf. 100 Liter 75 Pf.

Hamburg, 28. Mai. Nachmittags. (Getreidemarkt.) Weizen und Roggen loß fest, beide auf Termine ruhig. Weizen 216-pfd. pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 257 B., 256 G., pr. Juli-J

